

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

10.2.1921 (No. 34)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telegraphische
Anzeige:
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. M. e. u. b.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.50 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen inoffizieller Natur, der als Kassenscheck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Rückstellungen, die von der Postverwaltung und Konsumverträgen fällt der Absatz frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Aufnahme auswärtiger Schüler in die mittleren und oberen Schulen des Kantons Basel-Stadt.

Das Erziehungs-Departement des Kantons Basel-Stadt hat dem Ministerium des Kultus und Unterrichts unter dem 26. Januar ds. Jrs. mitgeteilt, daß vom Schuljahr 1921/22 an, das am 19. April 1921 seinen Anfang nimmt, außerhalb des Kantons wohnende Kinder nur noch auf Beginn eines Schuljahres in die mittleren und oberen Schulen in Basel aufgenommen werden. Aufnahmen im Laufe des Schuljahres sollen nur in Ausnahmefällen und bei Vorliegen besonderer Umstände (Wohnungswechsel usw.) erfolgen. Das Ende der Anmeldefrist für außerhalb des Kantons wohnende Schüler und Schülerinnen, die sich für das Schuljahr 1921/22 zur Aufnahme in eine der mittleren und oberen Schulanstalten in Basel (unseres und oberes Gymnasium, untere und obere Realschule, Mädchenschule) anzumelden wünschen, ist auf den 28. Februar 1921 festgesetzt.

Genehmigungspflicht zum Viehhandel und Kleinhandel mit Fleisch

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks hat in einer Eingabe an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft darauf hingewiesen, daß in den Kreisen des Fleischgewerbes die Befürchtung ausgesprochen worden sei, es könnte den Fleischereibetrieben vorliegenden Witten von Fleischern bei der Verbeischeidung von Anträgen nach § 2 und § 14 der Verordnung der Reichsregierung vom 19. September 1920 auf Erteilung der Genehmigung zum Ankauf von Vieh beim Viehhändler und zum Kleinhandel mit Fleisch Schwierigkeiten bereitet werden. Er hat deshalb um Anweisung der zuständigen Behörden gebeten, von der Ablehnung von Gesuchen der genannten Art Abstand zu nehmen, da eine Ablehnung namentlich für Kriegswitwen eine durch nichts zu rechtfertigende Härte bedeuten würde. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat sich mit der Erteilung der Erlaubnis in den dargelegten Fällen grundsätzlich einverstanden erklärt. Die Bezirksämter wurden daher angewiesen, bei Verbeischeidung von Gesuchen von Kriegswitwen, die eigenen Viehgewerbebetriebe vorziehen, gemäß § 2 und § 10 der Verordnung vom 27. September 1920 über die Regelung des Handels mit Vieh und Fleisch eingereichte Anträge entsprechend zu verfahren.

Schulerhebungen.

Beförderlicheits findet in den nächsten Tagen in den Volksschulen der 6 größten Städte des Landes eine Erhebung über die wirtschaftlichen und Ernährungsvorhältnisse der Schulkinder statt.

Lohn- und Gehaltslisten.

Die nach § 40 des Reichseinkommensteuergesetzes aufgestellten und laut amtlicher Bekanntmachung bei den Finanzämtern (Steuerkommissären) eingereichten Lohn- und Gehaltslisten enthalten auch eine für die Angabe der Sachbezüge bestimmte Spalte. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Spalte nur die Art der Sachbezüge, also z. B. Kost, Wohnung, Heizung, Dienstkleidung oder dergl. zu bezeichnen ist die Bewertung dieser Bezüge für die Veranlagung ist Sache der Steuerkommissionen. Sind jedoch für die Bezüge in Tarifverträgen oder durch Anordnungen öffentlicher Behörden Veranschlagungen festgesetzt, so ist es erwünscht, daß diese Aufträge in den Listen mitaufgenommen werden, da sie den Ausschüssen als Anhaltspunkte für die Bewertung dienen können. Im übrigen sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß über alle von einem Arbeitgeber im Kalenderjahr 1920 gegen Lohn oder Gehalt oder sonstiges Entgelt länger als zwei Monate beschäftigten Personen, also z. B. auch über alle landwirtschaftlichen und häuslichen Dienstboten, Lohn- und Gehaltsverzeichnisse eingereicht sind. Wer die Liste nicht rechtzeitig einreicht, kann durch Geldstrafen bis zu 500 M. dazu angehalten werden. Vorbrüche zu den Listen sind beim Finanzamt (Steuerkommissär), in Gemeinden außerhalb seines Amtsbezirks bei den Steuerbeamten unentgeltlich zu erhalten.

Die Postanstalten u. die Schleichhandels- und Wucherbekämpfung.

Der Herr Reichspostminister hat die Schleichhandels- und Wucherbekämpfung durch eine Reihe von Verfügungen an die Post- und Telegraphenanstalten unterstützt. Nach diesen Verfügungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zum Zwecke von Durchsuchungen und Beschlagnahmen von noch nicht eingelieferten Paketen Postbeamten, Polizeibeamte usw., wenn es ohne Störung des Postbetriebs möglich ist, nötigenfalls im Einvernehmen mit den beteiligten Postanstalten auch zu den Schaltervorräumen Zutritt haben. Das Betreten der Innenräume der Post ist ihnen dagegen nicht gestattet. Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der Geldlotterie zu Gunsten der aus Elsaß-Lothringen Vertriebene. In einer Beilage: 14. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des

* Halsstarrigkeit und Selbstüberhebung.

Wenn im Weltkrieg irgendwo ein deutsches Regiment eine besondere Ruhmestat vollbracht, konnte man so gut wie sicher sein, daß dieses Regiment ein — „bayerisches“ war. So behaupteten es wenigstens die Bayern selber. Ging man dann der Sache nach, so sah sie meistens wesentlich anders aus, und man konnte z. B. die Feststellung machen, daß die berühmten „Leiber“, die sich an dieser oder jener Stelle so ausgezeichnet hatten, gar nicht das Münchener Leibregiment, sondern das preussische Leibregiment Nr. 8 in Frankfurt an der Oder waren.

Selbstverständlich haben auch die Bayern tapfer und heldenmütig gekämpft. Ob sie einen so hohen Hinzoll haben entrichten müssen, wie etwa Württemberg und Baden, wissen wir nicht. Uns interessiert hier auch gar nicht die bayerische Tapferkeit, die unbestritten bleibt, sondern die bayerische Selbstüberhebung, wie sie schon während des Krieges peinlich in Erscheinung trat.

Wir haben allerdings schon damals diese Selbstüberhebung nicht recht begriffen. Sah doch die Mehrzahl der Medaille viel weniger erfreulich aus. Man konnte ziemlich sicher sein, daß überall dort, wo von besonders rohen Gewalttaten während des Krieges gesprochen wurde, bayerische Truppenteile oder bayerische Soldaten mit daran beteiligt waren. Und als dann im Sommer 1919 der militärische Zusammenbruch kam, da war es, soviel wir unterrichtet sind, eine bayerische Division, die in vorderster Linie und an entscheidender Stelle stand, versagte. Wir stellen auch dieses insofern nicht etwa fest, um nun jene Mehrzahl der Medaille besonders hervorzuheben — im Krieg ist eben vieles geschehen, was sich nicht rechtfertigen läßt — sondern wiederum lediglich, um zu zeigen, daß Bayern jedenfalls keine Veranlassung hatte, seine Leistungen vor denen der anderen Stämme und Staaten herauszufreien.

Leider aber wurde diese ganze Tonart auch nach dem Waffenstillstand beibehalten. Wenn wir uns genötigt haben, gegen den verhängnisvollen politischen Ideologen Eisner vorzugehen, so geschah das, weil sich auch in seinem Tun der bayerische Wunsch nach einer Extrabehandlung, nach einer Reservatstellung bemerkbar machte. Dieser unabhängige Politiker, dessen östliche Herkunft bekannt ist, war jedenfalls in diesem einen Punkte ur-bayerisch gesinnt.

Und der partikularistische, nach Extrawürsten hungrige Geist, den er in sich aufsaugen hatte, ging dann auf seine Nachfolger über. Immer und überall gab es Streitigkeiten und Auseinandersetzungen um bayerische Reservatrechte, um bayerische Sonderwünsche. Und auch die ähmeren Ereignisse der bayerischen Politik verliefen durchaus auf der Linie einer Ausnahmeseinung. In keinem deutschen „Land“ hat der Kommunismus dermaßen blutig herrschen und wüten dürfen, wie in Bayern. Als aber die Kommunisten Herrschaft beseitigt war, hat sich auch in keinem anderen Land die Reaktion so ungehindert und so unersoffen entfalten dürfen, wie in demselben Bayern.

Nun, das sind natürlich in erster Linie alles bayerische Angelegenheiten. Wir würden uns um sie nicht kümmern, wenn nicht Bayern durch seine Haltung in der Einwohnerwehrfrage nun schon seit Monaten die mühsam, unter unsäglichen Opfern gerettete Existenz des Reiches aufs Schwerste gefährdete. Und wo diese Existenz auf dem Spiele steht, da halten wir uns allerdings nicht nur für berechtigt, sondern geradezu für verpflichtet, offen und ehrlich das auszusprechen, was wir empfinden, und was mit uns die übergroße Mehrheit des ganzen deutschen Volkes empfindet.

Und wenn wir uns in diesem Zusammenhang bemühen, die Konsequenz nachzuweisen, die in dem Tun und Treiben Bayerns in den letzten Jahren zu beobachten ist, so geschieht das, um der Öffentlichkeit die Erkenntnis beizubringen, daß man mit den sanften Mitteln der Überredung, mit dem Appell an die Vernunft gegenüber einer solchen konsequenten Halsstarrigkeit nichts ausrichten wird. Diese Halsstarrigkeit, die des Reiches Einheit und des Vaterlandes Zukunft kalkülend auf eine Karte setzt, muß gebrochen werden, so oder so!

In einer amtlichen Veröffentlichung wird uns jetzt mitgeteilt, daß der bayerische Ministerrat unverändert an seinem Standpunkt in der Einwohnerwehrfrage festhält, und daß die gleichen Gründe, die für die Beibehaltung der Einwohnerwehren sprachen, unverändert weiterbestehen. Wenn daneben versichert wird, daß die Einheit des Reiches dabei für alle Beteiligten außer Frage stand, so klingt diese Versicherung angesichts einer Einseitigkeit, die unsere Verhandlungen mit der Entente von vornherein zur Erfolglosigkeit verdammt, beinahe etwas komisch. Und wenn weiter erklärt wird, daß während der ganzen Verhandlungen ein separatistischer Gedanke von keiner Seite auch nur gestreift worden ist, so glauben wir das gerne; denn es ist ja gerade die Entente, und zwar in erster Linie Frankreich, gegen die sich die bayerische Halsstarrigkeit und der bayerische Nationalbolshewismus richtet.

Dieser Nationalbolshewismus scheint in München die Gemüter reslos zu beherrschen. Das Unglaubliche wird Ereignis: Reaktionäre Studenten und kommunistische Arbeiter verbrüdernd sich, um den Widerstand gegen Frankreich zu organisieren! Nun, die bayerischen Nationalbolshewisten scheinen Träumer von demselben Kaliber zu sein, wie es in der deutschen Politik vor dem Kriege und während des Weltkrieges maßgebend war: Sie sehen vor lauter Verblendung die Tatsachen nicht mehr, steuern geraden Weges auf den Abgrund zu und fragen sich nicht, ob sie bei dieser Fahrt nicht ein ganzes Volk, ein ganzes Reich mit in den Abgrund reißen!

Nach dieser Münchener Methode kann man jedenfalls keine Politik machen, nicht nach innen, und noch viel weniger nach außen. Und es wäre Selbstmord und Selbstenttäuherung, wenn das Reich dieser Münchener Politik folgen wollte. Unserer Meinung nach wird, dem Wortlaut der auch für Bayern rechtsgültigen Reichsverfassung nach, die auswärtige Politik einzig und allein vom Reich erledigt. Und wenn Bayern durch seinen Ministerrat jetzt erklären läßt, daß es auf seinem Standpunkt beharrt, dann setzt es sich damit in diametralen Gegensatz zur Reichsregierung und zum Reich selbst. Daß es dabei den Beifall der Reaktionäre findet, ist selbstverständlich.

Das Reich in seiner Gesamtheit darf sich aber durch ein derartiges Spiel nicht beirren lassen. Wenn Bayern durchaus seine eigenen Wege gehen will, so mag es sie gehen. Es wird nicht gut dabei fahren und, belehrt durch schmerzliche Erfahrungen, bald wieder zur Vernunft, d. h. in diesem Falle zur Reichseinheit und Reichstreue zurückkehren. Wenn wir dieses aussprechen, so empfinden wir das fürchterlich Schmerzliche, das darin liegt, durchaus. Mer die bayerische Halsstarrigkeit läßt uns keine Wahl. Und wir haben die Pflicht, die Wohlfahrt des Ganzen über die Sonderwünsche eines Einzelnen zu stellen und sei dieser Einzelne auch unser Volksgenosse und Bruder.

Zunächst haben wir nun abzuwarten, was das bayerische Volk zu dem Beschluß seines Ministerrates sagen wird. Wir können es uns nicht gut vorstellen, daß man in Nordbayern dieser Entscheidung zustimmen wird. Nach alledem, was wir über die Stimmung in Nordbayern hören, haben wir fast den Eindruck, als ob der Ministerrat in München, bevor er die Einheit des Reiches zertümmert, auch schon den ersten Schritt zur Untergrabung der eigenen, der bayerischen Staatseinheit getan hat.

Ob noch eine Möglichkeit besteht, den bayerischen Widerstand zu brechen, können wir von hier aus nicht sagen. Wir glauben es kaum. Damit erhält das Schicksal selbst, d. h. in diesem Falle die Entente, das Wort. Und wir dürfen uns wohl darauf gefaßt machen, daß dieses Wort nunmehr noch härter und noch vernichtender klingen wird, als es nach dem Ergebnis der Pariser Konferenz anzunehmen war. Die Schuld daran wird vor dem deutschen Volke und vor der deutschen Geschichte Bayern zu tragen haben!

Einzelne Nachrichten: Die bayerische Regierung hat die Einsetzung eines bayerischen Reichstages beschlossen. Die bayerische Regierung hat die Einsetzung eines bayerischen Reichstages beschlossen. Die bayerische Regierung hat die Einsetzung eines bayerischen Reichstages beschlossen.

Einzelne Nachrichten: Die bayerische Regierung hat die Einsetzung eines bayerischen Reichstages beschlossen.

Einzelne Nachrichten: Die bayerische Regierung hat die Einsetzung eines bayerischen Reichstages beschlossen.

Zur Londoner Konferenz.

••• Berlin, 10. Februar.

Seit Schluß der Pariser Konferenz sind zehn Tage vergangen, eine kurze Spanne Zeit, die von der Presse unserer früheren Gegner vollaus genützt worden ist, um die Stimmung für die Londoner Besprechungen, zu denen Deutschland nunmehr in aller Form geladen worden ist, in der ihre eigenen Weisheit vorzubereiten. Die Methode, deren sie sich hierbei bedient, ist uns Deutschen von früheren Anlässen her nur zu wohlbekannt. Besonders die französischen und englischen Zeitungen überschütten uns mit einem in allen Tonarten abgestimmten Trommelfeuer von sanftem Zureden, Mahnungen, Drohungen und grobem Säbelgerassel, um uns klar zu machen, daß es für uns in London nichts zu holen gibt, falls wir mehr als eine bloße Diskussion der Zahlungsart fordern würden. Ein Teil der englischen Blätter und mit ihnen Lloyd George, erklären freilich, man werde deutsche Gegenanträge nicht unter den Tisch fallen lassen, falls sie die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands einwandfrei nachweisen sollten.

Man wird natürlich abwarten müssen, ob Frankreich sich mit dieser englischen Auffassung einverstanden erklären und ob es ihm nicht gelingen wird, auch dieses magere Angebot Englands zu unseren Ungunsten wieder aus der Welt zu schaffen. Der „Temps“ spricht ja bereits davon, die Londoner Konferenz werde mehr Gefahr als Nutzen mit sich bringen, da Deutschland sich mit der Absicht trage, das „Konfordat“ vom 29. Januar zu sprengen. Von einem wirklichen Verhandlungswillen ist somit in Paris nichts zu spüren, ja man stellt sich dort so, als wäre man im Ernstfalle sogar nicht abgeneigt, sich von England zu lösen und auf eigene Hand zu operieren, d. h. sich die Pfänder durch Einmarsch in deutsches Gebiet allein zu holen.

Die deutsche Regierung hat die Einladung nach London in gewissem Grade angenommen, ein Umstand, der dafür zu sprechen scheint, daß sie entschlossen ist, eigene Gegenanträge zu machen. Man wird diesen Entschluß nur gutheißen können und es begrüßen, daß sie sich nicht auf den Weg der völligen Ablehnung jeder Verständigungsmöglichkeit hat drängen lassen. Aber alles wird natürlich davon abhängen, in welcher Weise die Diskussion der deutschen Anträge vor sich gehen wird, insbesondere, ob die Engländer bereit sein werden, sie als eine neue Verhandlungsbasis anzuerkennen. Die Erklärungen Lloyd Georges sind in dieser Richtung leider allzu unvollständig, um sich von seinen Gedanken gängen ein völlig klares Bild zu machen. Klarer liegen die Dinge jedenfalls auf deutscher Seite, wo man fest entschlossen ist, die Pariser Beschlüsse jedenfalls als Unterlage nicht annehmen zu wollen. Hier gähnt also noch eine Kluft oder zum mindesten eine Ungewißheit, über die die Welt wohl erst in London selbst Klarheit erhalten wird. Die deutschen Vertreter werden es immerhin nicht daran fehlen lassen, unseren Gegnern in größter Mäßigkeit und Deutlichkeit auseinanderzusetzen, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeiten liegen und wie weit sie mit ihren Forderungen gehen dürfen, wenn sie es mit einem zahlungsfähigen und zahlungswilligen Schuldner zu tun haben wollen. Ob die Vertreter Deutschlands dabei auf die Vorschläge des französischen Sachverständigen zurückkommen oder eigene neue Vorschläge machen werden, ist zurzeit noch ungewiß, aber auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß überhaupt eine Grundlage geschaffen wird, auf der verhandelt werden kann. Man wird aber gut tun, sich in dieser Hinsicht jeglichen Optimismus zu enthalten und nicht zu vergessen, daß es nur ein deutscher Versuch ist, eine Atmosphäre zu schaffen, die sachliche Verhandlungen möglich machen soll.

In diesem Standpunkt der deutschen Regierung wird auch die bayerische Auffassung, wie sie auf der letzten in Berlin zusammengetretenen Ministerpräsidenten-Konferenz in die Erscheinung getreten ist, kaum etwas zu ändern vermögen. Das Berliner Kabinett, das in diesen Tagen die Marschroute für London festlegen wird, kann sich in seinen Beschlüssen durch Sonderwünsche nicht irre machen lassen. Für die Reichsregierung müssen die Wünsche und die Interessen des ganzen Reiches in allen Fragen vorangehen. Diese sind aber in der Reichstagsrede durch Dr. Simons in ihren Grundzügen dargelegt und festgestellt worden. In diesen Grundzügen wird sich bis London aber kaum etwas ändern.

Politische Neuigkeiten.

Die Beratungen in München.

Aber die Beratungen zwischen Parteien und Regierung wurde gestern abend in München folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Die Berliner Besprechungen der Staats- und Ministerpräsidenten vom 6. Februar gaben in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl im Ministerrat als auch zusammen mit den Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Note erhobene Forderung nach Entwaflnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Überzeugung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bedeutet. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer Acht gelassen. So oft sie aber ihren Standpunkt in dieser Frage geäußert haben, waren sie genötigt, unverändert an ihm festzuhalten. Auch bei der neuerlichen Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und bei den bisherigen Besprechungen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorgen für den staatlichen Wiederaufbau bestimmt ist, auch durch die neue Lage nicht umgewandelt werden kann, und daß die gleichen Gründe, die anfangs für Errichtung und Beibehaltung der Einwohnerwehren sprachen, unverändert weiter bestehen. Die Einheit des Reiches stand für alle Beteiligten dabei außer Frage. Ein separatistischer Gedanke ist während der ganzen Verhandlungen von keiner Seite auch nur

gestreift worden. Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu ensendenden Note wird am Donnerstag vor-mittag erfolgen.“

Nordbayern und die Entwaflnung.

Wie die Mehrheitssozialdemokratie erklärt auch die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Nordbayern einen Auf-ruf, in dem es heißt: „Die Regierung hat durch ihre Politik das Industriegebiet Nordbayerns in die allergrößte Gefahr veretzt. Die abnehmende Haltung der Münchener Regierung in der Entwaflnungsfrage bedeutet die Verletzung des Ruhrgebietes, bedeutet die vollständige Stilllegung der Industrie und des Verkehrs, der Lebensmittelfuhr, bedeutet Hunger, Elend und Untergang. Die Kreisleitung der U. S. D. von Nord-bayern fordert alle Ortsverbände in dieser ersten Stunde auf, die Arbeiter, Angestellten, Beamten und alle freigeitlich Gesinnten zur Bereitschaft aufzurufen, damit der Münchener Regierung der eherner Wille der arbeitenden nord-bayerischen Bevölkerung entgegengesetzt werden kann. Hundertmal mehr Interessen verknüpfen die nordbayerische Arbeiter-schaft mit dem Reich als mit dem Zollhaus, das gegenwärtig in München herrscht. Wenn die Münchener Regierung nicht schleunigst klipp und klar, wie das die Verfassung fordert, sich in der Außenpolitik dem Reich unterordnet, dann wird Nordbayern die notwendigen Konsequenzen zu ziehen haben.“

Der „Nürnberger Anzeiger“ erklärt zur gleichen Sache: „Alle wahrhaft freigeitlich Gesinnten in Franken stellen das Vaterland höher als das durch Napoleons Gnade geschaffene Staatsgebilde Neubayern!“

In dem bereits erwähnten Beschluß der sozialdemokratischen Partei Nordbayerns heißt es dem „Vorwärts“ zufolge u. a.: „Wenn die Reichsregierung das Vaterland ins Anglück stürzen will, muß sie allein die Verantwortung tragen. Die bayerische sozialdemokratische Partei erklärt schon heute, daß sie dieser Verantwortung der bayerischen Regierung Widerstand entgegenzusetzen wird und daß sie sich voll und ganz auf Seite des Reiches stellt.“

Eine französische Antwort auf die deutschen Einwendungen.

Habas verbreitet folgende Note: Soweit man bisher beurteilen kann, richten sich die deutschen Einwendungen gegen den Reparationsplan anscheinend gegen folgende drei Punkte:

1. Die Zahlung der Jahresraten in bar. Die Deutschen wenden ein, daß die deutsche Arbeit nicht berücksichtigt werde. Dazu ist zu bemerken: Während der Verhandlungen in Brüssel und Paris war man sich von vornherein darüber klar, daß, wenn Deutschland im Laufe des ersten Jahres die Gesamtschuld nicht in bar bezahlen könne und dafür einen Teil in Sachleistungen abtragen wolle, es immerhin ein noch zu bestimmendes Mindestmaß an Barzahlungen leisten müsse. Die deutschen Vertreter hatten sich damit einverstanden erklärt, während des ersten Jahres 25 Prozent in bar zu bezahlen, während in den folgenden Jahren die Barzahlungen langsam erhöht werden sollten. Es bestanden nur Meinungsverschiedenheiten über die Feststellung dieser Erhöhung. Die deutschen Vertreter hatten ebenfalls erklärt, daß nach fünf Jahren Deutschland ausschließlich in bar zahlen werde. Diese grundsätzliche Bestimmung wurde vom Obersten Rat gutgeheißen, der die Sachverständigen damit beauftragte, nach Anhörung der Deutschen die Mindestsumme der Barzahlungen für die ersten Jahresraten während der ersten fünf Jahre auszurechnen und festzusetzen. Es liegt also keinerlei neue Bestimmung in der Festsetzung der Zahlungsweise vor.

2. Die Ausfuhrabgabe von 12 Prozent. Die Brüsseler Sachverständigen suchten im Einvernehmen mit den Deutschen ein Mittel, um das nötige Gleichgewicht zwischen dem wachsenden Wohlstand Deutschlands und der Höhe seiner Zahlungen zu Wiedergutmachungszwecken zu finden. Jede Jahreszahlung sollte im Laufe der ersten Jahre Rohstofflieferungen mit einbegreifen, die neben den bereits im Friedensvertrag angeführten Leistungen geliefert werden sollten. Um das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands nicht zu stören und um jeden unliebsamen Eingriff zu vermeiden, hatten die französischen Sachverständigen vorgeschlagen, daß diese Erzeugnisse in den Händen der deutschen Exporteure verbleiben sollten. Ein noch zu bestimmender Teil des Erlöses dieser Waren, die im Auslande verkauft werden, sollte der Wiedergutmachungskasse zugeführt und den deutschen Exporteuren in deutschem Gelde vergütet werden, wie es für die Warenlieferungen bereits geschehen ist. Außerdem hatten sich die deutschen Sachverständigen bereit erklärt, die Errechnung einer Indexziffer zu prüfen, welche es ermöglichen sollte, sich jederzeit von dem Stande des deutschen Reichturns zu überzeugen. Die Erhebung einer Abgabe von 12 Prozent des Wertes der Gesamtausfuhr ist also nichts anderes als die Anwendung des durchgearbeiteten und von den Deutschen bereits gutgeheißenen Systems der Abgaben auf alle Ausfuhrerzeugnisse Deutschlands.

3. Die Errechnung der Schuldsummen und die langjährige Ausdehnung der Jahreszahlungen, nämlich 42 Jahreszahlungen statt 30, wie sie im Friedensvertrag von Versailles festgelegt werden. Dazu bemerkt die Note: Der den Alliierten zugefügte Schaden, der unersetzliche Schaden nicht einmal mitgerechnet, übertrifft bei weitem die Gesamtzahlungen, welche die Alliierten von Deutschland erwarten. Während die Alliierten noch lange warten müssen, bis sie ihre Arbeiten wieder aufnehmen können, sind die deutschen Fabriken und Bergwerke seit langem wieder in vollkommenem und freiem Betrieb, verschleieren den Gewinn aus ihrer Erzeugung und gewinnen den Besten dank dem niedrigen Stande der Mark. Was die Langfristigkeit der Jahreszahlungen anbelangt, so können die Deutschen sich ja freikaufen, indem sie Zahlungen im Voraus leisten. Hierzu sind ihnen die günstigen Bedingungen eingeräumt worden. Die Langfristigkeit der Jahreszahlungen ist nur eine Erleichterung der Zahlungsweise. Wenn Deutschland schneller zahlen will, so werden wir die ersten sein, die das annehmen werden, und das wird ein weiterer Beweis für den schnellen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands sein.

Der europäische Karneval.

Frederic R. Libby, der soeben von Europa nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, Geschäftsführer der „Gesellschaft der Freunde“ (Quakers), spricht, wie die „Federated Press“ meldet, in einer Versammlung zu Detroit-Michigan folgendermaßen:

„Europa ist ein großes Truppenlager geworden. Statt der alten Gefahr eines militärischen Deutschlands gibt es nun die ebenso fürchterliche eines militarisierten Frankreichs. Der Geist des Militarismus ist die schreckliche Erbschaft des Krieges und hat neun Zehntel des Volkes — auch der Gebildeten — erfaßt.“

In England ist man keine Butter mehr — sie ist zu kostspielig. Neun Zehntel des deutschen Volkes haben nur einmal Fleisch in der Woche. Das gut aussehende Straßenschild in Berlin darf nicht über die Zerlumtheit des Privatlebens hinwegtäuschen.

In Warschau konnte ich kein Brot finden, während ein Knäuel den Lohn von 4 Monaten kostet. In vielen Orten Polens sind die Schulen geschlossen, weil die Kinder keine Schuhe haben. Eine an 200 000 Wiener Kindern vorgenommene ärztliche Untersuchung stellte als normal nur 6000 fest. Infolge ihrer geringen Widerstandskraft sind sehr viele von ihnen tuberkulös.“

Die „Sanktionen“, über die man in Paris einig geworden ist, erscheinen, so bemerkt dazu die „Presse“, wohl der Entente am ehesten geeignet, die traurigen Verhältnisse Europas zu bessern! Oder eine neue Zollgrenze für die Rheinlande? Oder ein Anschlagverbot für Österreich? Kurzum neue Fußtritte für Deutschland oder — Confecti.

„Für geistig Minderbemittelte“.

Über die ersten literarischen Erzeugnisse der beiden Reichsparteien für die preussischen Landtagswahlen — der konservativen Deutschnationalen Volkspartei und der sozialdemokratischen Reichspartei — urteilt die demokratische „Berliner Volkszeitung“, daß sie einen geistigen Tiefstand verraten, daß man nur alle Wähler bemitleiden könne, die darauf hineinfließen:

„Man konnte glauben, daß die Deutsche Volkspartei bei der vorigen Wahlperiode mit ihrem Flugblatt, das im übelsten Spottschreiberjargon vom „Stall Stiefemann“ sprach und die sozialdemokratischen Kandidaten mit Jodels verglich, nichts zu übertreffendes geleistet habe. Das war ein Irrtum. Sie verbreitet jetzt ein Wahlflugblatt, was auf der ersten Seite steht: „Dunbertausend Mark Belohnung! Verleihenhalste verloren!“ Und auf der Rückseite werden Betrachtungen daran geknüpft, was ein Arbeiter tun würde, wenn er das Halbband fände. Er würde jedenfalls die Belohnung nicht an der Parteikasse abgeben, sondern sich Haus und Garten dafür kaufen. Bei diesem Flugblatt hat die Partei von Weisheit und Bildung sicherlich mehr an den Vestib als an die Bildung gedacht. Daß sie obenrein dem Arbeiter eine Fundunterföhlung bedenkenlos insinuiert, kommt ihr wohl bei ihrer bekannten Arbeiterfeindschaft gar nicht zum Bewußtsein.“

Die Deutschnationalen Volkspartei möchte hinter dieser Leistung nicht gern zurückbleiben. Darum verbreitet sie jetzt, gleichfalls in den Straßen Berlins, ein Flugblatt, von dem die „Neue Berliner“ ein Exemplar erwirbt hat. Diese Drucksache ist von so ergötzlicher Komik, daß man sie für einen Postnachsichtsjäger halten möchte. Unter dem Titel „Es war einmal...“ wird u. a. dies erzählt:

Es war einmal ein preussischer König, ein deutsches Kaiserreich mit schimmernder Krone und Wehr, dessen Herrscher die Träger des Deutschlandgedankens und die Repräsentanten eines großen Volkes waren, dessen unübertroffenes Meer die Welt in Schach hielt, dessen gewaltige Armada auf allen Meeren gehob, dessen öffentliche Meinung in Parlament, Presse und Kunst hohen vaterländischen Geist wiederbelebte, dessen Jugend in spartanischer Einfachheit und Sittlichkeit die Wehrpflicht übte, geführt von Offizieren, um die uns die Welt beneidet... Wie wir als junge Menschen dabei waren, haben wir wohl oft über die Schleiferei geschimpft. Es lag doch was darin, so als junger Herr an die Stande genommen zu werden; man bekam wirklich Schläge, doch vor allem: was schwebte für ein sonntägliches Glanz über den Grimmen aus unserer Soldatengeit. Wie haben wir uns auch ausgetobt in unserer Jugend übermüt! Wie kamen wir im Reifem hundert Tausch so froh und flott daher, jeder soll ein Eroberer, und von den verliebten Widern der Mädchen angefaßt... Es war doch schön bei den Preußen! Und all das: ernste Wehrpflicht — heitere Soldateska, mutige Manöverlust, Kameradschaft, Soldatenliebe... dieses ganze große Füllhorn voll Herz und Seele, Mut und Kraft und Leben: Es war einmal!“

All das Heubündel da draußen vor dem Feind, die unergötlichen Sekunden ärmlichen Stohgebets: der letzte Appell an den großen Alliierten da draußen... und dann das todesberaubende, liegesgewaltige Draufschreiten: „ran an den Feind! Der Kampf Mann gegen Mann!“

Nach so reichlicher Erinnerung an die „Herrlichkeiten“ des Wilhelmischen Friedens und die „große Zeit“ darf natürlich dies nicht fehlen:

„Ja, lustig lebt sich im „neuen“ Preußen und Deutschland! Das geht in Saug und Braus bei Tag und Nacht! Kommt nur hin in die „Aufklärungs-Kinos“ mit ihrer schamlosen Verherrlichung aller Laster! Kommt in die Tanz- und Spielhöhlen! Wie sie die Seele des Kindes durch unflüchtige Buhlschaft entweihen! Wie die predigen Papierfetzen, „Geld“ genannt, zu Hunderttausenden über grüne Tische scharren, und wie die ganze Luft verpestet ist von teuflischen Ausdünstungen!“

Es tut sich was im „neuen“ Deutschland: Das Reich wird brutal entkernt und aller Weisheit beraubt. Weimar, die klassische Stätte, verschwindet in einem unhistorischen „Groß-Pringen“, die Lutherfeste Wartburg wird — so kommt's wohl noch — verkauft, Germania mit samt dem Riechwald, an Amerika meistbietend versteigert... Und so weiter...“

Man sieht, die Schreiber der monarchisch-antisemitischen Zusammenbrückerpartei haben das Märchenzählen ebenso gut heraus wie die Streifenmänner die Verzäpfung von „Stall“-Dichtungen.

Sachlich auf die Amdereien einzugehen, siehe die Wähler beleidigen und bei ihnen jene Geisteschwäche voraussetzen, auf die die Reichsparteien spekulieren.“

Kurze polit. Nachrichten.

• Deutschland und die Londoner Konferenz. Das Auswärtige Amt hat der Berliner französischen Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenanträge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

• Reichsernährungsminister Dermes für die Beseitigung der Zwangswirtschaft. In einer von Vertretern des Bremer Handels gehaltenen Rede verurteilte Reichsernährungsminister Dr. Dermes, daß mit dem Wbau der Zwangswirtschaft fortgefahren werde, und er ein Gegner der Gebilde sei, die in ihrer Struktur an die Zwangswirtschaft erinnerten. Die Förderung des Handels bezeichne er als vaterländische Aufgabe, die mit allen Mitteln durchgeführt werden müßte. Mit der Förderung des Handels sei der Schutz des Verbrauchers zu verbinden. In der Getreidewirtschaft müssen wir zu einem System kommen, welches der Landwirtschaft mehr Rechnung trage; deshalb müßte das Wirtschaftssystem entpolitisiert werden. Gegen ein Getreidemonopol habe er das größte Bedenken und werde diesen Gedanken auch mit allem Nachdruck vertreten.

• Das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten. Der „Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband“, Berlin NW. 7, weist nachdrücklich darauf hin, daß deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden ist, laut Bestimmung des amerikanischen

Ergebnis-Gesellschaft vom 14. Juli 1919 verboten ist, geschäftliche Transaktionen, wie z. B. Verkauf oder Forderung ihrer Ansprüche, Beilegung derselben oder andere Transaktionen, welche in irgend einer Beziehung zu ihrem beschlagnahmten Eigentum stehen, vorzunehmen.

Im württembergischen Landtag kam es dieser Tage zu einer eingehenden Debatte über die Entlastungsfrage. Minister des Innern Graf betonte dabei, daß Württemberg die Einwohnerwehren auflösen werde, sobald eine entsprechende Anweisung vom Reich komme. Ob die Forderung der Entente auf völlige Auflösung der Einwohnerwehren aufrecht erhalten werde, sei noch nicht sicher; es sei noch mit der Möglichkeit einer Verständigung wenigstens über den Zeitpunkt der Auflösung zu rechnen. Abg. Keil (Soz.) wandte sich gegen die in München gemachte Art der Protestkundgebung gegen die Pariser Beschlüsse. Die Münchener Politik gehe auch Württemberg an. Wenn diese Politik weiter betrieben werde, dann bestünde in drei bis vier Monaten das Deutsche Reich nicht mehr. In der Diskussion wurde die Entscheidung auf gleichmäßige und strenge Durchführung der Entlastung, auf vollständige Einstellung der Waffenlieferung für die Einwohnerwehren usw. in allen vier Punkten abgelehnt.

Keine Truppenübergänge durch die Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat kürzlich beschlossen, dem internationalen Truppenaufbot für Wilna den Durchgang durch die Schweiz zu verweigern. Nach einer Vorwarnung ist es wahrscheinlich, daß das Völkerbundsekretariat dagegen protestieren wird.

Freigabe des schwedischen Kupferhandels. Die schwedische Regierung hob die staatliche Regulierung des Kupferhandels auf. Die Ausfuhr wird völlig, die Einfuhr grundsätzlich freigegeben. Der Valutamarck wird aufgehoben. Für Deutschland ist wichtig die Freigabe der Einfuhr aller Industrieerzeugnisse.

Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

Karlsruhe, 10. Februar.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Landtages wurde nach Beantwortung einer kurzen Anfrage die Aussprache über den 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1920 bei Hauptabteilung Ministerium der Finanzen fortgesetzt. Für die demokratische Fraktion machte der Abg. Dietrich längere Ausführungen und verlangte insbesondere, daß die alten Steuerbefreiungen geändert und neue Steuern geschaffen werden. Die Kosten des Reiches an Zinsschulden seien noch erträglich, aber durch die Forderungen der Entente würden die Finanzen Deutschlands ruiniert. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 1800 M., die wir jährlich an die Entente geben sollen. Um dieser Forderung nachzukommen, müßte die Hälfte der Gesamteinkommen konfisziert werden. Als Mittel zur Verminderung der demoralisierenden Steuerdrückerei empfahl der Redner die richtige Durchführung vernünftiger Steuerbefreiungen. Die Erwerbslosenfürsorge bezeichne er als einen Wahnsinn für solche, die arbeiten können. Man sollte die Erwerbslosen für Reklamation und im Wohnungsbau verwenden, denn es sei besser, wenn ein Arbeitsloser nur 50 Prozent des regulären Arbeiters leiste, als gar nichts und dabei demoralisiert werde.

Abg. Weichmann, der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, erklärte an, daß die Finanzpolitik seit 2 Jahren sozial und gerecht sei. Er erklärte, darin einen Sieg des Sozialismus zu erblicken und forderte einen weiteren Ausbau des direkten Steuerwesens. Mit der Heranziehung der Landwirte, sei man ein ganzes Jahr zu spät gekommen. Entscheidend sei, daß man die Freiteile nicht mehr besteuere. Eine Mehrerwerbssteuer wäre eine Steuer der sozialen Gerechtigkeit gewesen. In der Eröffnung der Steuerdrückerei siehe man noch am Anfang. Unter den Forderungen der Entente habe die deutsche Arbeiterklasse am meisten von der 10prozentigen Ausfuhrabgabe zu leiden. In Amerika sollte man mehr Propaganda gegen die Entente machen, wie sie im Kriege von der Entente gegen uns gemacht wurde, dann müßte schließlich die Vermunft siegen.

Der deutschnationale Abg. Mager gab zunächst eine Erklärung zu dem Jagen „Fall Mager“ ab. Danach sei die Angelegenheit bei Gericht anhängig. Der Redner erklärte sich aber bereit, den Mitgliedern des Hauses, die den Ausgang des Prozesses nicht abwarten könnten, sein Alibi-Material zur Verfügung zu stellen. Im Verlaufe der Rede des Abg. Mager verließen die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion bis auf den Abg. Marloff den Saal.

Abg. Geurich (Ztr.) begrüßte die Schaffung von Heimstättenwohnungen und wünschte die sofortige Vornahme der Einkämpfung der Diebstahlskriminalität. Redner polemisierte im folgenden gegen die Sozialdemokratie, weil sie auf der Tagung in Genf erklärt habe, Deutschland habe die größte Schuld am Kriege.

Abg. Großhans (Soz.) wandte sich gegen diese Ausführungen. Mit dem Zentrum gehe die Sozialdemokratie einig in dem Gedanken, daß der Versailler Vertrag nicht mit Gewalt bekämpft werden könne.

Kurz nach 1 Uhr vertagte sich das Haus auf nachmittags 1/2 Uhr.

LPD. Im badischen Landtag hat Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Zentr.) folgenden Antrag eingebracht: Vom Jahre 1920 an wird zu den aus der Fürsorge für Gemeinde- und Kreisverwaltungen zu zahlenden Ruhegehältern und Hinterbliebenenbezügen ein Zuschlag von 40 v. H. über Jahresbeträge, mindestens aber 150 M. bezahlt. Ergeben sich bei der Berechnung des Zuschlags Bruchteile einer Mark, so sind sie auf eine volle Mark abzurunden. Die Bestimmung des § 46 Abs. 1 und § 41 Abs. 3 Ziff. 2 des Gesetzes über die Fürsorge für Gemeinde- und Kreisverwaltungen vom 3. Sept. 1906 findet entsprechende Anwendung. Der Zuschlag wird nur den bei Verbindung dieses Gesetzes noch am Leben befindlichen Empfängern von Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezügen gewährt.

Kaden und die Frage der Bezirkswirtschaftsräte.

(Schluß.)

In der Aussprache trat Kommerzienrat Lenel-Mannheim für ein beschleunigtes Vorgehen in der Behandlung der Frage ein. Wenn das Reich in 10-12 große Wirtschaftskreise eingeteilt wird, dann müsse mit aller Energie auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß von Baden, Württemberg, der Pfalz und Südbayern hingearbeitet werden. Ein offenes Schachbrettsystem gegenüber der Pfalz erziele ein Geboten, umso mehr, als die Pfalz in den großen süddeutschen Wirtschaftskreis einbezogen werden müsse, wenn anders nicht eine Majorisierung durch Württemberg in Kauf genommen werden soll. Eine besondere Gefahr sieht Lenel in den Bemühungen der Frankfurter Kreise um die Pfalz.

Minister Memmele teilt darauf mit, daß der Regierung bekannt geworden sei, Bayern beschichtige zwar nichts gegen eine Vertretung der Pfalz in dem gedachten süddeutschen Wirtschaftskreis, jedoch auch nicht auf sein

linksrheinisches Gebiet wirtschaftlich zu verzichten. Die Pfalz könne also u. a. in zwei Wirtschaftskreisen vertreten sein.

Arbeitersekretär Ribert-Mannheim fordert eine Berücksichtigung der Betriebsratorganisation in den Wirtschaftskreisen. Eine endgültige Stellungnahme kann erst erfolgen, wenn v. o. Organisationen ihre Beratung der Angelegenheit abgeschlossen haben.

In ähnlicher Weise äußert sich auch der Redner der christlichen Gewerkschaften, Geschäftsführer Rast. Beide Redner waren mit der von Kommerzienrat Lenel vertretenen regionalen Abgrenzung einverstanden.

Kommerzienrat Stöckel-Helbergh erklärt für den Verband süddeutscher Industrieller eine abwartende Haltung einnehmen zu müssen. Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß Badens mit der Pfalz scheine der Industrie einen solchen mit Württemberg vorzuziehen. Falls aber eine Einteilung des Reichs in wenige große Bezirke erfolge, ist gegen einen Zusammenschluß von Baden, Pfalz, Württemberg, Südbayern und Hohenzollern nichts einzuwenden.

Kommerzienrat Stöckel-Helbergh (Mitglied des badl. Wirtschaftskreises) hält eine diktatorische Behandlung der Angelegenheit für sehr nachteilig. Der erste Schritt zur Umgestaltung des gegenwärtigen Wirtschaftskreises, dessen Mitglieder zu einem Drittel in Berlin wohnende Vertreter der Spitzenorganisationen seien, weshalb weite Kreise namentlich des Südens sich nicht genügend betreten halten, sei die untergeordnete Finanzgründung der Bildung der Wirtschaftskreise. Es hat für den vorl. Wirtschaftskreis Aufgaben gegeben, so wird es auch für die Wirtschaftskreise Aufgaben geben und damit eine Festlegung hinsichtlich der Abgrenzung ihres Umfangs wie ihres Arbeitskreises. Der Angelpunkt der Organisation ist die Gewinnung der schwarzen Kohle, demgegenüber müßte die Gewinnung und Verwertung der weißen Kohle die Basis eines großen süddeutschen Wirtschaftskreises werden, in dessen Arbeitsgebiet auch die Holzfrage eine wesentliche Rolle zu spielen hätte.

Während Geschäftsführer Hahn-Mannheim zunächst einen klar umrissenen Aufgabenkreis fordert, spricht sich Dr. Scheel (Landwirtschaftskammer) für eine beschleunigte Lösung der Frage unter Zugrundelegung einer möglichst großen territorialen Abgrenzung aus. Des weiteren befürwortet Kommerzienrat Hägele-Mannheim, Kaufmann Trumpp-Mannheim (Großhandel), Direktor Seinel-Karlsruhe (Einzelhandel) und Syndikus Ebers-Karlsruhe (Handwerk) sowohl die Dringlichkeit der Frage, wie den Gedanken eines großen süddeutschen Wirtschaftskreises.

Gewerkschaftssekretär Piefer-Karlsruhe äußert Bedenken gegen eine regionale Abgrenzung, bevor man bezüglich der Zukunftsfähigkeit klar zu sehen vermag. Er betont zugleich, daß der Arbeiterstaat eine den Handels- und Handwerkskammern entsprechende Organisation fehle.

Dr. Anstett-Karlsruhe und Landtagsabgeordneter Vortter-Karlsruhe halten zu große Wirtschaftskreise für unangemessen. Vortter gibt der Meinung Ausdruck, daß der süddeutsche Bezirk in dem in Rede stehenden Umfang wohl übersehbar sei, und versichert zugleich, daß ihm als Mitglied des Verfassungsausschusses des vorl. Wirtschaftskreises die Besprechung außerordentlich wertvoll sei; er werde nicht verfehlen, die gedachten Anschauungen in diesem Ausschuss zur Geltung zu bringen.

Reichstagsabg. Erling-Karlsruhe hält eine lebhaftere Betätigung Badens auf die Bildung eines süddeutschen Wirtschaftskreises hin, insbesondere mit Rücksicht auf weite Kreise des prägenden Wirtschaftslebens, die auf eine Entscheidung Badens warten.

Reichstagsabg. Dietrich-Karlsruhe führt das Problem nochmals auf die entscheidende Frage zurück, ob die Bezirkswirtschaftsräte Verwaltungsbefugnisse bekommen oder lediglich gutachtlich arbeiten sollen. Im letzteren Falle, wo man für die Übertragung von Verwaltungsbefugnissen eintrete, hat man über das nächste Ziel hinaus ungleich andere Pläne: Man will dort unter Ausnutzung weitgehender Kompetenzen die Herrschaft auf Gebieten an sich reißen, auf denen das Reich gewisse Dinge seiner Verwaltung vorbehalten müsse. Sollte man dort in der Kohlenproduktion außerordentliche Befugnisse erhalten, so bedeute eine dezentralisierte Wirtschaft die Wiederaufrichtung der alten Zollgrenzen. Schaffe man Wirtschaftskreise mit weitgehenden Verwaltungsbefugnissen, so gebe man die großen Vorteile der wirtschaftlichen Einheit des Reiches restlos preis. Deshalb kam mir eine ausschließlich beschränkte Tätigkeit der Wirtschaftskreise ernsthaft in Frage kommen.

Reichstagsabg. Dr. Curtius-Helbergh ist auf Grund vertauschter Mitteilungen der Meinung, daß man in Rheinland-Westfalen nicht derart weitreichende Kompetenzen anstrebe. Redner weist dann auf eine Reihe ungeklärter Fragen hin, deren Erledigung unbedingt vor Inangriffnahme des süddeutschen Wirtschaftskreises erfolgen müsse. (Arbeitsmarkt, Gemeindefunktion von Fachverbänden, politische Gesichtspunkte hinsichtlich der Pfalz und Bayerns). Dr. Curtius tritt in der Frage nicht abzuwarten, sondern einen Arbeitsauschuss aus führenden Vertretern des Wirtschaftslebens zu bilden, dem die Aufgabe ziele, das zu einer endgültigen Stellungnahme notwendige Material in der Weise zu sammeln, wie es in Rheinland-Westfalen, Niederbayern und Frankfurt bereits geschehen ist.

In seinem Schlußwort hebt Minister Memmele nochmals hervor, daß bei uns die anderwärts geschaffenen Voraussetzungen in der Frage nicht vorhanden waren. Die Regierung müßte sich fragen, mit welcher Aktivität die Angelegenheit zu betreiben schon aus dem Grunde, weil ohne Kenntnis der Zustände eine öffentliche Debatte über eine Vertiefung der Verwaltung zugunsten der Wirtschaftskreise schwere Kämpfe hätte hervorbringen müssen. Der Minister steht dem Gedanken eines Arbeitsauschusses sympathisch gegenüber, wenn er auch der Auffassung ist, dieser Ausschuss müsse von den wirtschaftlichen Organisationen gebildet werden.

Auf die Bitte, die Bildung des Ausschusses durch das Ministerium in die Wege leiten zu lassen, erklärt der Minister sich bereit, im Staatsministerium für den Ausschuss einzutreten. Jedenfalls werde er dafür Sorge tragen, daß die heutigen Verhandlungen dem Wirtschaftskreisrat zur Kenntnis gebracht werden, ferner daß mit den Regierungen von Württemberg und Bayern eine Verständigung in der Frage eines süddeutschen Wirtschaftskreises erfolge. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Eine Beratung über das Verteilungsgesetz.

PA. Im Ministerium des Innern fand am Mittwoch vor-mittag unter dem Vorsitz von Minister Memmele eine Besprechung über den von dem Finanzministerium ausgearbeiteten Entwurf eines badischen Vollzugs-gesetzes zum Landessteuer-gesetz (Verteilungsgesetz) statt, zu der die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte der Städteordnung und der mittleren Städte Badens sowie die Vertreter der Landgemeinden und der Kreise geladen waren. Als Referenten nahmen an der Sitzung teil: Ministerialrat Dr. Wenber, vom Ministerium des Innern und Ministerialrat Dr. Wibe vom Finanzministerium. Die Städte hatten einen vollständigen Gegenentwurf ausgearbeitet.

Es wurde auf Grundlage des vom Finanzministerium aufgestellten Entwurfs verhandelt. Der Bevorzugung des Landes bei der Verteilung des Anteils an der Einkommensteuer durch Einrechnung der im Jahre 1919 vom Lande erhobenen außerordentlichen Abgaben auf hohe Einkommen und Vermögen in dem Gewährleistungsanspruch müßte, so wurde von den Vertretern der Gemeinden und Städte dargelegt, durch vollständige Überlassung der auch bisher den Gemeinden allein zustehenden Ertragssteuern an die Gemeinden Rechnung getragen werden, ferner müßte der persönliche Schulaufwand, nachdem die Schule im wesentlichen Staatsanstalt geworden sei und die Gemeinden keinen Einfluß auf die Höhe des persönlichen Schulaufwands mehr hätten, vom Staat vollständig übernommen werden, auch solle die Schullastverteilung für alle Gemeinden gleichmäßig erfolgen. Für die Kreise müßte die im Entwurf vorgesehene Beschränkung in der Erhebung von Ertragssteuern zurückfallen.

Der Minister des Innern wies darauf hin, daß es sich bei der Frage der Verteilung der Steuern an den Schulaufwand nicht um eine rein finanzielle, sondern auch um eine kulturelle Frage handle, deren Austragung bei diesem Anlaß nicht möglich sei. Die Gemeindevorsteher beschloßen sich diesem Bedenken nicht und erklärten sich damit einverstanden, daß die Gemeinden Beiträge für den persönlichen Schulaufwand bis auf weiteres leisten in der Höhe, wie sie im Jahre 1919 Aufwendungen für diesen Zweck zu machen hatten.

Als Abschluß der sehr eingehenden Beratungen wurden alsdann von den erschienenen Gemeindevorstehern dem Ministerium des Innern Entwürfe folgenden Inhalts unterbreitet:

1. Gesetzliche Regelung soll wie im preussischen Entwurf zunächst durch ein Notgesetz für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 erfolgen.
2. Da das Land nie Ertragssteuern erhoben hat, soll die Ertragssteuer auch vom Jahr 1920 an allein den Gemeinden verbleiben, woraus folgt, daß das Ergebnis der im Rechnungsjahr 1920 vom Lande erhobenen Ertragssteuern den Gemeinden zu überweisen wäre und daß die Ausgestaltung der Ertragssteuern soweit wie irgend möglich, den Gemeinden zu überlassen sei.
3. Der Beitrag der Gemeinden zum persönlichen Schulaufwand soll auf den Betrag beschränkt werden, den die Gemeinden im Rechnungsjahr 1919 an persönlichen Schullasten getragen haben.
4. Während für die aus der Reichseinkommensteuer zu befreienden Gewährleistungsansprüche des Staates und der Gemeinden das Verhältnis von ca. 60 Prozent zu 40 Prozent gilt, soll für die Verteilung eines etwaigen Mehrertrags das umgekehrte Verhältnis, also 60 Prozent für die Gemeinden, 40 Prozent für das Land gelten.
5. Im übrigen soll dem Sinne des Landessteuergesetzes entsprechend für die Verteilung das örtliche Aufkommen grundsätzlich maßgebend sein.
6. Den Kreisen muß die Möglichkeit gegeben werden, ihren tatsächlichen Bedarf, soweit er nicht durch Beiträge der Gemeinden zu decken ist, durch Erhebung von Ertragssteuern zu decken.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Fahrplanänderungen.

Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Ludwigsbahn a. Rh. wird der um 7.40 vorm. in Karlsruhe abfahrende und um 8.00 vorm. in Marau eintreffende Personenzug 1307 seit dem 8. Februar täglich wie folgt bis Wörth weitergeführt: Marau ab 8.05 vorm. M.G.Z., Maximiliansau an 7.09, ab 7.12 M.G.Z., Wörth an 7.16 vorm. M.G.Z. Die Weiterfahrt bis Wenden erfolgt: Diebstags: Wörth ab 8.40 vorm., Wenden an 9.06 vorm. M.G.Z. Sonn- und Feiertags: Wörth ab 7.18 vorm., Wenden an 7.43 vorm. M.G.Z.

Aus der Landeshauptstadt.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

„Sonntag, den 13. letzter Tag!“ So prangen allorts eine druckvolle, große Plakate. Mit süßlichem Interzesse bleibt so mancher stehen und studiert den Inhalt und man meint aus seinen Zügen entnehmen zu können: „Da werde ich hingehen, das muß ich mir ansehen.“ Wie viele aber gehen mit einer gewissen souveränen Verachtung daran vorüber und das sind oft gerade die Leute, denen es bitter not tate, sich in solch einer Ausstellung Belehrung zu holen. Wenn doch jene Uninteressierten — welche sich in allen Kreisen gleichmäßig befinden — insbesondere es wüßten, wie sehr sie dies alles angeht; wenn sie doch wüßten, wie sehr diese furchtbare Seuche der Geschlechtskrankheiten nicht nur in das Einzelleben des Individuums eingreift, sondern auch das Glück so mancher Familie bedroht und wie manches Drama sich auf diesem Hintergrunde abspielt!

Wären diese Zeilen für solche, die bisher adäquat an der Ausstellung vorbeigingen, ein Hinweis sein, der Materie das Interesse entgegenzubringen, das ihr unbedingt gebührt, und möchten sich dadurch recht viele veranlaßt sehen, dieser Ausstellung in der städt. Ausstellungshalle einen eingehenden Besuch abzustatten.

Auf vielfachen Wunsch findet am Freitag, den 11. Februar abends 7 Uhr eine Sonderführung für weibliche Geschäfts- und Hausangestellte durch Herrn Generaloberarzt Dr. von Rebold statt. An diesem Tage ist die Ausstellung bis abends 8 Uhr geöffnet. Diese Sonderführung soll allen denjenigen weiblichen Angestellten Angelegenheit geben, sich die Ausstellung unter guter, ärztlicher Führung anzusehen, die tagsüber beruflich verhindert sind.

Wir hoffen, daß die Geschäftsinhaber den Angestellten und die Hausfrau ihrem Dienstpersonal zu diesem heraus wichtigen und lehrreichen Vortrag versehen, hinzugehen.

Eine Schauer Geschichte.

Ein Karlsruher Lokalblatt berichtete vor kurzem über einen aufregenden Vorgang, der sich in einem Karlsruher ersten Kaffeehaus abspielte. In einem Tisch saß, so hieß es, ein Herr (ehemaliger Offizier) und las die Zeitung. Neben ihm ein junger, ihm unbekannter Mann. Nach einer Weile flüsterie dieser dem Offizier zu: „Geben Sie mir augenblicklich Ihre Brieftasche, sonst schieße ich Sie tot!“ Der Offizier gewährte zu seinem Schrecken, daß der Burche unter dem Tisch eine Browningpistole auf seinen Unterleib gerichtet hatte. Im Nu hatte er die Situation erfasst. Er griff in seine innere Brusttasche, als ob er seine Brieftasche hervorholen wollte, und verfehlte dann dem Gauner einen furchtbaren Faustschlag ins Gesicht, so daß er vom Stuhl fiel und ohnmächtig werden konnte. Der Vorfall brachte die zahlreichen Gäste des Kaffees in große Aufregung. — Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: An der Geschichte ist, wie die polizeilichen Erhebungen ergeben haben, kein wahres Wort. Der Gewährsmann der Zeitung war nicht bereit, mit seinem Namen herbeizutreten. Er erklärte nur der Redaktion gegenüber, daß er die Sache selbst von dritter Seite erfahren habe und daß der Vorfall schon einige Zeit zurückliege. In dem Kaffee, in dem sich der Vorfall abgespielt haben soll, war von der Geschichte ebenfalls nichts bekannt.

